

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk), der Gemeinden Wachwitz, Niederpoppitz, Hofterwitz, Pilsnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-O.

Druck-Verlag: Elbgaubuchdruckerei und Verlagshaus Hermann Bauer & Co., Blasewitz, Loschwitzer Str. 4. / Verantwortl. f. d. Schriftleitung: Prof. Otto Fr. Zimmermann, Dresden; f. d. Anzeigen-Verl.: Paul Seebold, Dresden

Dresden-Blasewitz  
Mittwoch, den 31. Mai 1922.

Bank-Konto: Kgl. Deutsche Kreditbank, Blasewitz  
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Einzelnen-Preis: die 6-spaltige Grundzeile oder deren Raum 3.— Mark, im Fortsetze die Zeile 2.— Mark, für Tabellen- und sonstigen Satz 50% Aufschlag.  
Anzeigen-Aufnahme für die nächste Nummer bis vorm. 10 Uhr

## Letzter Gruß an die scheidenden Deutsch-Oberschlesier!

Von Oberstadtschreiber Richard, Dresden.

Nur noch wenige Tage sind es, an welchen Ihr, liebe Brüder und Schwestern, auf heimatischer, auf deutscher Erde weilt, dann werdet Ihr uns entlassen und hinter eine Grenze geschoben, die für uns schwieriger zu überschreiten sein wird, als die große einseitige Mauer! — Ein Schauer überläuft einen, wenn man daran denken muß, erst dann an die Gräber seiner Eltern gehen zu können, wenn der Völkervereinigung zum Ueberschreiten der Grenze in den Fuß eingetragen hat. Es ist weit mit uns gekommen! — Wenn heute ein Freiligrath noch lebte, ich glaube, er würde über Euren Abschied von der Heimat noch wehmütigere Verse schreiben als über die damaligen Auswanderer des Schwarzwaldes nach dem vierten Erdteil. —

Die Polen seit einem Menschenalter auf uns Deutsche haben, kennt keine Grenze und ist jetzt durch die Franzosen noch viel mehr aufgestachelt worden. — Euer Los, teure Brüder und Schwestern, wird kein beneidenswertes sein, denn hinter den neuen Grenzen werden sich solche Wälder nicht vor Euren Augen auftun, wie in der alten Heimat, die dann nur als alte fromme Sage vor Euren Augen stehen werden. Leider sind uns, die wir — Gott sei es gedankt — vor einem solchen völkerverrechtlichenden Terror verschont geblieben sind, zunächst die Hände gebunden, um Euch aus den Krallen des polnischen weißen Adlers zu befreien, aber die Stunde der Befreiung und der Tag der Vergeltung wird und muß kommen. Diese Erkenntnis hat selbst ein Franzose dem Schreiber dieser Zeilen zugestanden, obgleich er sagte: aber jetzt noch nicht!! —

Haltet darum aus, liebe deutsche Brüder und deutsche Schwestern, und verzaget nicht, wir werden Euch nicht verlassen; wir werden Euch die Treue halten und wenn es sein muß, sie auch mit unserm Blut besiegeln. Gott schütz Euch Mann und Weib, Kind und Greis!

## Eisenbahntarife und Volksbildung.

Die heutigen Eisenbahntarife unterbinden vielfach die volle Auswirkung unserer Schulen, Hochschulen und sonstigen Bildungsinstitutionen. Studenten werden an ihren nächstliegenden Universitäten festgehalten. Dadurch wird eine schädliche Inzucht auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Ausbildung gefördert. Volkshochschulen, Fortbildungsschulen, andere Bildungsinstitutionen verlieren viele Schüler, die die regelmäßigen Bahnfahrten nicht mehr bezahlen können. Anstalten werden mit großen Kosten unterhalten, damit sie den Bildungsstand des Volkes heben. Gleichzeitig wird die Erfüllung dieses Zweckes durch die Tarifpolitik der Eisenbahn zum guten Teil verhindert! Uebermäßig anwoll ist das gerade nicht. Auch der odnehm sehr erwiesene Religionsunterricht der Diaspora leidet unter diesen Verhältnissen. Bestrebungen der Jugendpflege, die mit Recht sich bemühen, aus den Städten die Kinderwelt herauszuführen in die Natur, werden durch die heutigen Tarife vollends unmöglich gemacht. Diese Tarifpolitik, die selbst zum guten Teil eine Auswirkung der Reparationslast und Erfüllungspolitik ist, hilft mit, nach und nach unsere kulturellen Bestrebungen zu erstickern. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß hier der Reichstagsausschuß für Bildungswesen unter hervorragender Beteiligung des Abg. Mumm eingegriffen hat. Schon seit längeren Monaten haben wir ermäßigte Tarife für die Fahrten der Schüler zu den höheren Schulen, der Studenten zu den Universitäten. Aber viele Wünsche blieben noch unerfüllt. Am letzten Mittwoch (24. 5.) hat nun der Hauptausschuß folgende Anträge des Ausschusses für Bildungswesen (die ihm wegen ihrer finanziellen Auswirkung überweisen waren) mit Mehrheit sich zu eigen gemacht:

behörde als gemeinnützig anerkannter privater Bildungsanstalten, insbesondere der gewerblichen und kaufmännischen Berufs-, Fach- und Fortbildungsschulen, der Haushaltungsschulen, der technischen und Baugewerkschulen für den Weg zwischen Wohn- und Arbeitsort und Schulort auch dann auf die Hälfte herabzusetzen, wenn die Schüler die Bildungsstätten nur an einzelnen Tagen der Woche planmäßig besuchen;

b) die Eisenbahntarife für die bei ihren Angehörigen außerhalb der Arbeitsstätten ihrer Lehrherren wohnenden Handwerks- und Kaufmannslehrlinge sowie die Lehrlinge in sonstigen Betrieben — soweit sie nicht durch Wochenkarten oder sonstige Tarifvergünstigungen bereits besser gestellt sind — im Preise den Schülermonatskarten gleichzusetzen;

c) beim Personentarif für die Reichseisenbahnen Teil 2 nachtrag 3, 2e Volkshochschulen, die ihre Schüler ganz in Anspruch nehmen, den staatlichen und städtischen Anstalten gleichzustellen und ihnen dieselben Vergünstigungen zuteil werden zu lassen wie den Studierenden der Hochschulen gemäß dem Beschluß des Reichstags vom 25. Januar 1922.

Kur bezüglich Absatz d) bedarf man, der Reichsregierung anheim zu geben, zu erwägen, ob die Erfüllung möglich sei, da die Frage auf diesem Gebiete noch nicht genügend geklärt ist.

Jeder, der diese Beschlüsse aufmerksam liest, erkennt sofort ihre große Bedeutung für alle dort genannten Bestrebungen und Einrichtungen. Um so bemerkenswerter war, daß die Sozialdemokraten aus jetzt geltend gemachten finanziellen Bedenken beantragten, alle diese Wünsche (bis auf e) der Regierung nur „zur Erwägung“ anheimzugeben! Und noch mehr, daß auch der Abg. Leicht der Vaterländischen Volkspartei dem zustimmte! Bei der in unserer Regierung herrschenden abergläubischen Fügbarkeit gegenüber den Wünschen der Reparationskommission hätte das Ergebnis dieser „Erwägung“ von vornherein festgestanden, da mit diesen Beschlüssen natürlich gewisse Einnahmeausfälle verbunden sind. Die Mehrheit des Ausschusses hielt aber unsere Kulturinteressen für wichtiger, als die Auslieferungsausgaben der Franzosen. — Vehrreich war übrigens noch, daß Crispian (U.S.P.) beantragte, die Ziffer a zu streichen. Offenbar wollte er die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, öffentlich kundzutun, daß sein Verhältnis für die Religion ebenso gering sei wie das für das Vaterland.

### Der Reichskanzler über Genua.

Im Reichstage herrschte am Montag seit längerer Zeit wieder einmal — — — Arbeitsstimmung, d. h. man erwartete vom Reichskanzler wichtige Erklärungen. Der daran geglaubt, wurde bitter enttäuscht. Was der Kanzler sprach, wußte das deutsche Volk schon seit Wochen. Man hatte geglaubt, er würde auf die Reparationsfrage näher eingehen, auf die Gefahren, welche uns eventuell am 31. Mai erwarten, — nichts davon. Herr Reichskanzler Dr. Wirth zog es vor, von Genua zu sprechen, von jenem Konferenztage, von welchem er wahrlich keine Vorbeeren mit nach Deutschland gebracht hat. Dr. Wirth wuschte einfach weiter und sagt zu allem Ja und Amen, was die Entente — oder besser gesagt Frankreich — vom deutschen Volke fordert. Dr. Wirth ist es ganz gleich, ob das deutsche Volk, zu dem er offensichtlich doch gehört, durch seine Politik untergeht oder nicht. Er fürchtet sich vor einem Mißtrauensvotum, er fürchtet sich, seinen Posten zu verlassen, weil er ganz genau weiß, daß dann vielleicht die Schäden seiner Politik ganz aufgedeckt würden und der große Teil des deutschen Volkes wahrscheinlich verlangen würde, daß man diesen „talentvollen“ Staatsmann vor einem Staatsgerichtshof stelle. Herrn Erzberger hat noch kein Politiker das deutsche Volk so geschädigt als Herr Dr. Wirth mit seiner Erfüllungspolitik. Er wird wahrscheinlich von seinen Gegnern heute noch ein Vertrauensvotum bekommen, aber es

wird nicht mehr allzu lange dauern, daß auch diesen Getreuen die Augen aufgehen und sie der Stunde fluchen werden, wo sie Dr. Wirth Treue geschworen. In nescis, mi fili, quantilla prudentia reatur orbis? (Weißt du denn nicht, mein Sohn, mit wie wenigem Verstande die Welt regiert wird?)

Dr. Wirth sprach: Zuerst helle ist seit, daß ich bereits im Auswärtigen Ausschuss über die Politik der Reichsregierung vor Genua, in Genua und nach Genua Bericht erstattet habe. Es erübrigt sich deshalb, an dieser Stelle das dort bereits Vorgelegene zu wiederholen. Die Reichsregierung beabsichtigt auch nicht, über die Pariser Verhandlungen hier im Plenum noch einmal ausführlich und eingehend zu sprechen. Wir sind der Auffassung, daß die Pariser Verhandlungen zur Zeit in vollem Aufschwung sind. Es kann sich vielmehr heute nur darum handeln, zu dem bereits historisch Gewordenen, in Genua Vorgegangenen noch einmal Stellung zu nehmen.

Eine eigenartige Fete ist im vorigen Jahre in ganz Deutschland begangen worden: es war die Fete für den großen italienischen Patrioten und Dichter Dante Alighieri. Diese Ehrung galt nicht allein dem italienischen Patrioten, sondern dem universalen Denker, der die ethische Welt der Menschheit darstellte. Ein Jahr nach dieser Fete hat Italien Gelegenheit gehabt, auf seinem Boden in Genua Vertreter aller europäischen Nationen versammelt zu sehen, die zusammengekommen waren, um einer großen Idee zu dienen: der Idee der Solidarität der

europäischen Völker. Ich darf auch an dieser Stelle im Namen der Reichsregierung dem italienischen Volke den aufrichtigen Dank des deutschen Volkes darbringen für die würdige Art, in der es Gastgeber war. Diesen Dank nehme ich aus auf die italienischen Staatsmänner, die die Konferenz geführt haben, es war eine laute, bittere, aber hochherzige Arbeit, die sie geleistet haben. (Beifall.) Ich darf in Ihrer Mitte die Frage formulieren:

Was sollte Genua sein und was ist es geworden?

Es ist leichter die Frage zu diskutieren: Was Genua sein sollte. Es ist nicht allzu schwer, mitten in der Tragödie der europäischen Völker die Idee, die Genua darstellt, zu formulieren. Wie schwer ist die Frage zu erörtern: Was ist aus dieser Idee in Genua schließlich geworden? Was sollte Genua sein? Die Idee, von der ich schon kürzlich sprach, ist in England angenommen worden. Bei England lag die Initiative, die Völker Europas, deren Interessen auseinandergehen, zu sammeln und zu veranlassen, freundschaftlich an einem Tisch die großen Probleme der Welt zu besprechen. Die Konferenz von Genua war gedacht als eine Weltkonferenz, die die wirtschaftliche Spannung, die die ganze Welt durchzieht, beilen sollte. Der Gedanke war groß, lähn, erhaben. Er war vielleicht zu groß, als daß er sich jetzt schon bis zum letzten Rest verwirklichen könnte.

Der Gedanke ist zunächst eingeschränkt worden durch die Weigerung Amerikas, an der Konferenz teilzunehmen. Sodann durch die Haltung Frankreichs, die die Tagesordnung zu beschränkte, daß nicht einmal die gesamte europäische Krise in das Programm von Genua aufgenommen werden ist. Man kann große Gruppen von Fragen innerhalb der europäischen Krise unterscheiden: Es ist die Krise der ehemaligen Staaten und Völkern, die vor dem Kriege bestanden und zum Krieg geführt haben. Es ist die Krise in den europäischen Staaten selbst, es ist die Krise in der europäischen Kultur und der gesamten Wirtschaft. Das Instrument, das diese großen Krisen theoretisch einmal behandeln sollte, sollte die Genuakonferenz sein.

Diese Genuakonferenz ist mit ihrem Programm so reduziert worden, daß die togenden Völker schließlich nicht einmal mehr in offiziellen Sitzungen die Wahrheit hören könnten.

Die Fragen, die in Genua nicht offiziell behandelt worden sind, sind vielleicht die wichtigsten geworden (sehr richtig). Ich erinnere nur an die Reparationsfrage.

Für uns ist diese Frage die wichtigste.

Die Reparationsfrage ist aber nicht isoliert nur als deutsche Frage anzusehen, sie ist eine europäische Frage (sehr richtig!). Ueber die Reparationsfrage ist, wenn auch nicht offiziell, sehr viel gesprochen worden. Kaum jemals ist ein Gespräch geführt worden zwischen den verantwortlichen Politikern, ohne daß nicht reichlich die Sprache auf die Reparationsfrage gekommen wäre. Die Genuakonferenz bedeutet zweifellos einen Fortschritt. Wir sind, nach außen gesehen, als gleichberechtigte Mächte auf der Genuevener Konferenz gewiesen. (Vochen recht.) Wie man darüber lachen kann, ist mir unbegreiflich. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich habe Gelegenheit gehabt, mit einem Staatsmann der Allierten diese Frage zu besprechen, und wir waren uns beide einig: Auch wenn Genua große Hoffnungen nicht verwirklicht hat, schon die Tatsache, daß 3 1/2 Jahre nach dem Waffenstillstand nach unermesslichem Warten, die Mächte sich einmal wieder in einer gewerbetreibenden Stadt versammelten, daß sie Probleme der Wirtschaft, wie der europäischen Politik besprachen, daß sie Brücken schlugen von Volk zu Volk, schon allem diese Tatsache ist ein großer Fortschritt. (Lebhafte Zustimmung.) Demselben Fortschritt dienen

die Arbeiten der deutschen Vertreter in den Kommissionen. Ich will nicht diese Arbeiten im einzelnen würdigen. Der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister sind sehr bereit, gerade diese Arbeiten in den Kommissionen, wenn es notwendig wird, hier im Plenum noch einmal zu erörtern. Diese der Verträge, die angeheilt wurden, haben nur theoretische Bedeutung. Wir haben aber eines zu tun:

die dort gewonnenen Leitsätze für die Finanzgebahrung, für den Verkehr und für die Wirtschaft zu Richtlinien unserer Politik zu machen. Das werden wir tun.

Wir haben in Genua Politik gemacht im Sinne der europäischen Verständigung. Nicht in allen Punkten haben wir zunächst Gelegenheit gehabt, an einer solchen Arbeit uns zu beteiligen. Wir waren gewiß gleichberechtigte Mitglieder in der hochpolitischen ersten Kommission, die eine Unterkommission gebildet hat, der die Hauptfragen, die die Konferenz behandeln sollte, zugewiesen wurden. Es ist uns gelungen, einen französischen Vorkopf in der Unterkommission abzuwehren, der uns auf die Rolle kleinerer Staaten der neutralen Welt stellen wollte.

Aber es hat sich im Verlaufe der Genuevener Konferenz herausgestellt, daß neben dem Begriff des Obersten Rates, der dort nicht in die Erscheinung getreten ist, eine neue Union sich gebildet hat, der „einladenden Mächte“.

Es hat sich in der ersten Woche herausgestellt, daß ohne uns und ohne, daß wir die Gewähr hatten, daß unsere Interessen gewahrt würden, die einladenden Mächte mit Rußland Verhandlungen begonnen hätten, denen wir nur mit der größten Spannung und der größten Sorge entgegenzusehen konnten. Es war deshalb nötig — und das war nicht ein Verstum der deutschen Politik, sondern es war pflichtgemäßes Handeln (sehr richtig), daß wir selbstverständlich versucht haben, unsere Fragen mit Rußland zu lösen, nachdem die anderen uns zu diesem pflichtmäßigen Handeln geradezu Veranlassung gegeben hatten. (Erneut Zustimmung.) Es ist eine große Aufregung über den Vertrag von Rapallo

durch die Welt gegangen. Der den Rapalkonvention formell und ohne Vereinbarkeiten durchführt, muß verstehen, daß der Vertrag von Rapallo ein ehrliches und aufrichtiges Friedenswerk ist. Er ist im gewissen Sinne ein vorbildlicher Friedensvertrag. Unverständlich ist deshalb die Aufregung, die sich gerade